



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/250 - 26.10.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 7654-59
Fernschreiber 039 890

Zieht die CDU den Trennungstrich ?	S. 1
Moskaus Druck auf Rom	S. 3
Vom Wohlfahrts- zum Sozialen Staat	S. 5
McCloy stellt richtig	S. 6
Terror-Methoden der KP	S. 7

Trojanisches Zebra

- r - Auf dem Parteitag der CDU und anderwärts im bürgerlichen Lager bemüht man sich nach Kräften, die SPD als kommunistenfreundlich zu denunzieren. Dabei steht fest, daß es ohne die von den sozialdemokratischen Funktionären in den Betrieben gewonnene Schlacht in Deutschland heute eine stärkere kommunistische Massenbasis gäbe. Die Kommunisten sind weiß Gott nicht von den bürgerlichen Parteien niedergedrungen worden.

In dem von Moskau ferngesteuerten Nervenkrieg gegen die Bevölkerung der Bundesrepublik kommt alles auf eine unerschütterliche, klare Haltung an. Die Sozialdemokraten haben mit Erfolg bei verschiedenen Gelegenheiten die Bundesregierung erst zu einer klaren Stellungnahme zwingen müssen. Immerhin sind in den letzten Monaten alle kommunistischen Propagandamöver an der Einsicht unserer Bevölkerung gescheitert.

Wir wissen, wie der Schrei nach gesamtdeutschen Gesprächen, nach einem Friedensvertrag und dem angeblich sofortigen Abzug der Besatzungstruppen zu bewerten ist. Die Sozialdemokratie hat die Voraussetzungen für echte freie Wahlen in allen vier Besatzungszonen eindeutig definiert. Sie lehnt es ab, sich an irgendwelchen Gesprächen mit den Henkern der Sowjetzone zu beteiligen, die keinen anderen Zweck haben als den, die Pankower Marionetten aus der Ächtung zu erlösen, die sie sich durch ihre Politik

sowohl in Westdeutschland als auch bei der Bevölkerung der Sowjetzone selbst gezogen haben. Der zweite Zweck dieser Gespräche soll es sein, von der Wahl abzulenken, um möglichst viele reale kommunistische Macht Tatsachen zu schaffen, bevor es zur Wahl kommt. Eine Wahl hat für die Kommunisten nur dann einen Sinn, wenn vorher die Wählerschaft eingeschüchtert ist und dem vollendeten kommunistischen Machtapparat gegenübersteht. Für uns hat eine Wahl nur dann einen Sinn, wenn sich der Wähler völlig frei und ohne Furcht entscheiden kann.

Die Sozialdemokratie zieht entschlossen einen Trennungsstrich zwischen sich und denen, die der kommunistischen Propaganda Vorspanndienste leisten. Wir warten auf eine ähnliche Entschlossenheit im bürgerlichen Lager. Dort wird die SPD als kommunistenfreundlich diffamiert. Gleichzeitig gewährt ein prominenter CDU-Politiker ausgerechnet dem sowjetzonalen ADN ein Interview zur Veröffentlichung im "Neuen Deutschland". In diesem Interview werden alle harmlos klingenden, in der Sache aber für jeden Einsichtigen klar erkennbaren kommunistischen Propagandaformeln wiederholt. Dr. Binder spricht sich für das Gespräch mit der Sowjetzone aus, ohne sich dazu zu äußern, mit wem es eigentlich geführt werden soll. Er verlangt Kompromißbereitschaft "auf beiden Seiten" und gibt damit der kommunistischen Auslegung Raum, daß man erst einmal verhandeln und möglichst viel kommunistische Tatsachen schaffen könne, bevor gewählt wird. Er betont die Friedensliebe der Sowjetunion und vertritt einen möglichst ausgedehnten Ost-West-Handel.

In einer anderen Situation ließe sich über Einzelheiten eines solchen Interview reden. Jetzt bedeutet es eine klare Stellungnahme innerhalb der laufenden kommunistischen Propagandawelle zu deren Gunsten. Ein Politiker, der das erkennt und sich dennoch daran beteiligt, gehört zu den gar nicht so seltenen kommunistischen Mitläufern im bürgerlichen Lager. Ein Politiker, der das mitmacht und die Bedeutung nicht erkennt, hat jeden Anspruch darauf verwirkt, ernst genommen zu werden. In beiden Fällen wird er dazu benutzt, im kalten Krieg Verwirrung im demokratischen Lager zu stiften.

Herr Dr. Binder ist immerhin Vorsitzender des Finanzausschusses des Landtages in Württemberg-Hohenzollern, war Mitglied des Parlamentarischen Rates und wird gar nicht so selten von der CDU als Sprecher herausgestellt. Was warten darauf, daß sich die CDU eindeutig von ihrem prominenten Mitglied distanzieret.

"Herbtschlacht" in Italien

v. sch.-Rom, Ende Oktober

Noch im Frühsommer dieses Jahres überraschten die italienischen Kommunisten die Öffentlichkeit mit dem Angebot: "Wenn eine neue Regierung unter neuer Führung gebildet wird, die den Austritt aus dem Atlantik-Pakt vornimmt, dann hören unsere innerpolitischen Angriffe auf und es tritt sogleich der Wirtschaftsfrieden im ganzen Lande ein".

Das Manöver war reichlich plump, aber in doppelter Hinsicht interessant: Erstens zeigte es, daß Moskau gewillt ist, die Verteidigungsfront des Westens zu zerstören, selbst um den Preis jeder innerpolitischen Opposition seiner jeweiligen Trabanten. Zweitens, und das wurde hier von den Kommunisten indirekt zugegeben, daß die Gewerkschaftsbewegung für sie nur ein politisches Werkzeug im sowjetrussischen Interesse ist. Denn Wirtschaftskämpfe um Löhne und Arbeitsbedingungen entstehen unabhängig davon, ob die Außenpolitik eines Landes dem Krenl genehm oder unbequem ist und für die allein die kommunistischen Gewerkschaftsführer Italiens willens sind, die ihnen anvertraute Verteidigung der Arbeiterinteressen preiszugeben.

Ein solcher außenpolitischer Frontwechsel, mit der automatischen Folge der Einstellung jeder amerikanischen Hilfe und der totalen Umstellung des italienischen Außenhandels auf ein höchst fragwürdiges Geschäft ausschließlich mit Rußland und seinen Satelliten, wäre eine Katastrophe für das italienische Proletariat und ließe die Erwerbslosenziffern in der Industrie in's Uferlose anschwellen. Nach drei Tagen hat kein Mensch mehr von diesem Angebot gesprochen.

Gleichzeitig mit der Rückkehr des Ministerpräsidenten de Gasperi aus Ottawa und Washington entdeckten die italienischen kommunistischen Gewerkschaftsführer, daß die allgemeine Teuerung eine allgemeine Lohnerhöhung erforderlich mache. Diese Teuerung war schon durchaus zu spüren, als sie ihren wirtschaftlichen Burgfrieden als Preis für einen außenpolitischen Kurswechsel anboten, aber jetzt war für Moskau die Situation grundverschieden.

Der Vorstand des von den Kommunisten völlig beherrschten

Allgemeinen Gewerkschaftsbundes ist zusammengetreten und hat eine generelle, unterschiedslose Lohnerhöhung von 15% gefordert. Man ist erst vor sechs Monaten, nach langwierigen Verhandlungen, ein Tarifvertrag auf nationaler Basis zustande gekommen, der sowohl die Grundlöhne, wie auch eine gleitende Teuerungszulage festsetzte. Die Arbeitgeberverbände lehnten ab, dieses mühsam zustandegekommene Vertragswerk nach so kurzer Zeit wieder auf's Spiel zu setzen, zumal die Teuerungsklausel der inzwischen eingetretenen Preisentwicklung Rechnung tragen. Aber auch die beiden nichtkommunistischen Gewerkschaftszentralen, die vorwiegend christlich-demokratische und die sozialdemokratische, haben sich dieser neuen Lohnbewegung nicht angeschlossen. Sie wollen sich nicht vertragsbrüchig machen und damit das erste großzügige Experiment von Tarifverträgen auf nationaler Grundlage nach so kurzer Zeit wieder gefährden. Die Regierung, sowie die nichtkommunistischen Parteien und Gewerkschaften sind überzeugt, und sprechen es klar aus, daß die kommunistischen Gewerkschaften diese neue Bewegung ausschließlich aus politischen Gründen inszeniert haben.

Werden nun die Kommunisten ihre Streikdrohungen wahrnehmen? Solche Streiks, die nur von den kommunistischen Gewerkschaften getragen werden, mißlingen fast durchweg, während solche, die auch von den übrigen Verbänden gutgeheißen werden, meist Erfolg haben. Der politische Zweck: Unruhe nach Italien zu tragen, wie es von "oben", also von Moskau, befohlen wurde, spricht dafür, daß der Allgemeine Gewerkschaftsbund nicht nur bei Drohungen bleibt und die Bewegung allein durchführen wird. Schon sind in etwa 40 norditalienischen Großbetrieben von kommunistischen Betriebsräten Einzelforderungen erhoben worden.

Die kommunistische "Herbstschlacht" hat in Italien bereits mit scharfen Geplänkeln begonnen und es sieht kaum danach aus, als ob sie noch abgeblasen werden könnte, auch wenn ihre Strategen wissen, daß sie sie ohne Bundesgenossen nicht gewinnen werden. Aber das Letztere ist für jene fernen Kriegsherrn, die die Pläne entworfen haben, eine durchaus sekundäre Sorge.

Wohlfahrtsstaat - ja und nein !

A.M. In der Politik ist die Terminologie nicht ohne Bedeutung. Weil der Begriff des "Wohlfahrtsstaates" im Widerstreit der Meinungspropaganda unscharf und mißverständlich geworden ist, sollte er durch die Bezeichnung "Sozialer Staat" ersetzt werden, hat dieser Tage Prof. Preller (MdB) erklärt, zumal der Artikel 20,1 des Grundgesetzes die Bundesrepublik als "sozialen Bundesstaat" charakterisiert. Auch von "Soziallast" sollte nicht mehr gesprochen werden, sondern nur noch von "sozialen Leistungen", da diese auch Unterpfand für wirtschaftliche Leistungen seien.

Man muß die Begriffe deshalb klarstellen, weil die Kritik am sogenannten Wohlfahrtsstaat weniger an der geschichtlich bedingten Entwicklung von der Individualfürsorge zur Sozialpolitik als Gruppenhilfe Anstoß nimmt, als vielmehr an dem notwendig damit verbundenen Wachsen des Sozialhaushalts. Das Stoppsignal des Bundesfinanzministers wird überdies durch die Tendenz unterstrichen, möglichst hohe Anteilziffern der sozialen Leistungen am Sozialprodukt zu errechnen, Ziffern, die einer objektiv-kritischen Nachprüfung nicht standhalten. Durch willkürliche Zusammenfassungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite, ohne Beachtung sinnvoller Relationen, soll der Eindruck erweckt werden, als geschähe des Guten schon zu viel in der sozialen Bundesrepublik.

Doch unabhängig davon, ob der soziale Haushalt noch ausweitbar ist - vor allem auch, ob die derzeitige Wirtschaftspolitik noch eine Vermehrung des Sozialprodukts erwarten läßt, stimmen die Sozialpolitiker darin überein, daß innerhalb des Volumens der verfügbaren Mittel die Leistungen systematischer, klarer gegliedert und mit stärkerem Effekt gewährt werden können. In diesem Zusammenhang taucht der berühmte Dreiklang: Versicherung- Versorgung - Fürsorge auf, der sich bislang noch als Mißklang erweist. Preller forderte ausreichende Grundrenten aus einer Hand, die es dem Einzelnen ersparen, sich nach Gaben aus vielen Töpfen umzusehen und sich dafür auch noch Rentensucht nachsagen lassen zu müssen; er forderte dann weiter die Möglichkeit, diese Grundrenten über individuelle Versicherung bzw. Versorgung durch andere Stellen noch zu erhöhen. Nach diesem Blick auf die Geldseite ging es ihm aber mit gleichem

Nachdruck um "Verhütung vor Vergütung", um Wiederherstellung bzw. Erhaltung der Arbeitskraft vor Geldleistungen, um Kinderbeihilfen unter Wahrung des Prinzips der Leistungsentlohnung und um echte, individual aufbauende Fürsorge, die umso durchgreifender sein könnte, als die Gemeinden infolge des Ausbaus der Rentengewährung finanziell außerordentlich entlastet worden seien.

Auf Leistungen aus der Gruppenhilfe besteht indessen heute ein Rechtsanspruch, und dabei muß es unter allen Umständen bleiben. Im "Sozialen Staat" kann es auch keinen Abbau der Interessenvertretungen geben, wie er von manchen Kreisen indirekt propagiert wird. 71,6 % der Erwerbstätigen, die in abhängiger Beschäftigung stehen, verlangen eine gruppenmäßige Repräsentation ihrer Belange, wie 22,2% aller Einkommensempfänger, die von Rente oder Unterstützung leben, auf die organisierte Hilfe der Gesellschaft angewiesen sind. Das verträgt sich indessen durchaus mit einer Stärkung der Persönlichkeit innerhalb der solcherart gegliederten Gesellschaft. Heute ist die Synthese zwischen Individual- und Sozialprinzip fällig. Damit dürfte der Charakter eines Gemeinwesens gültig umrissen sein, das Anspruch auf den Ehrentitel "Sozialer Staat" haben würde und auch seine Position zwischen West und Ost behaupten könnte.

+ + +

McCloy und die Oder-Neiße-Linie

(sp) Am 17. August d.J. äußerte sich der amerikanische Hohe Kommissar McCloy vor den anlässlich der "Weltjugendfestspiele" in Berlin in dem Sendesaal des RIAS versammelten FDJlern u.a. auch zur Frage der Oder-Neiße-Gebiete. Dem Blatte der amerikanischen Besatzungsbehörde in Deutschland "Die Neue Zeitung" zufolge sagte McCloy:

"Die Heimatvertriebenenfrage ist eines der größten Probleme in Westdeutschland, das zu lösen eine unserer größten Pflichten ist, das aber auch gelöst werden wird. Wir planen jedoch keine militärische Aktion, um die verlorenen Gebiete im Osten zurückzugewinnen. Die Entwicklung der allgemeinen Lage wird uns auch der Lösung dieses Problems näherbringen".

Diese Erklärung rief ein bemerkenswertes Echo hervor, da die vertriebenen Deutschen daraus mit Recht die Hoffnung auf eine friedliche Rückkehr schöpfen konnten.

Gegen die Äußerung des amerikanischen Hohen Kommissars haben verschiedene Organisationen der polnischen Emigration sowohl beim State Department, als auch beim amerikanischen Hohen Kommissar selbst Einspruch erhoben. Nun hat McCloy in einem Schreiben an den Verband der Kriegsvertriebenen Polen in Deutschland in Beantwortung des Protestschreibens desselben seinen Standpunkt in der Frage der

Oder-Neiße-Linie präzisiert. Er schreibt, als im RIAS an ihn die Frage wegen der Oder-Neiße gestellt wurde, habe er es für notwendig erachtet, den Fragesteller dahin aufzuklären, "daß die Vereinigten Staaten ohne Rücksicht auf die Vor- und Nachteile dieser Grenzlinie kein militärisches Abenteuer unterstützen werden, das eine Änderung dieser Linie zum Ziele haben könnte". Und da das Auditorium sehr gefühlbetont reagiert habe, schien es ihm, McCloy, wichtig, "die Zuhörer von jedem Gedanken und der Hoffnung zu befreien, als ob eine militärische Aktion unternommen werden könnte, mit dem Ziel, den bestehenden Zustand zu ändern".

+ + +

Bremen und Stuttgart

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben:

Zwei Ereignisse in der letzten Woche werfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Haltung der Kommunisten in Deutschland. Das eine: Der sogenannte "wilde" Streik eines Teils der Hafendarbeiter in Bremen (und Hamburg), das andere: Ein ganz interner, der Öffentlichkeit außerhalb Stuttgarts kaum bekannter Vorgang innerhalb einer Delegierten-Versammlung der IG-Metall in Stuttgart, der sich am 20.10.1951 abspielte.

Und doch muß man beide Vorgänge in einem Zusammenhang sehen.

Wir sind keineswegs geneigt, j e d e n spontanen Arbeitskampf, j e d e n "wildem" Streik als kommunistisch zu bezeichnen, nur weil die Kommunisten versuchen, solche Gelegenheiten für sich auszunutzen. Es ist auch denkbar, daß ein sogenannter "wilder" Streik ganz einfach Ausdruck einer elementaren, spontanen Unzufriedenheit ist. Es ist jedoch nicht bestreitbar, daß die jüngsten Vorgänge in Hamburg und Bremen auf gewissenlose Ausnutzung der Unzufriedenheit durch die Agenten Moskaus zurückzuführen ist.

Die Hafen- und Dockarbeiter sind in der ganzen Welt, aufgrund ihrer besonderen Lebensumstände ein r a d i k a l e s Element. Und überall in der Welt bilden sie einen besonders günstigen Nährboden für die Kommunisten. Deshalb ist kein Anlaß vorhanden, die Vorgänge in Bremen und Hamburg überzubewerten und etwa daraus zu schlußfolgern, daß die Kommunisten unter der Arbeiterschaft der Bundesrepublik an Boden gewinnen. Zwei Betriebsrätewahlen, die in den letzten Wochen in Hessen stattfanden, beweisen eindeutig das Gegenteil. Die Wahlen bei den Chemischen Werken Merck und bei Opel in Rüsselsheim erbrachten vernichtende Niederlagen der Kommunisten: Bei Merck kam statt der bisherigen acht von 17 Mitgliedern insgesamt unter den neuen 19 keiner durch. Bei Opel - bis 1949 eine kommunistische Hochburg - gibt es nun unter den 30 Betriebsräten einen Kommunisten.

Trotzdem sollte man die Vorgänge in Hamburg und Bremen nicht bagatellisieren. Es ist darin vielmehr eine neue Phase kommunistischer Aktivität zu sehen. Es ist offensichtlich, daß die Kommunisten unter Mißachtung der gewerkschaftlichen Demokratie und Genflogenheiten mit allen Mitteln des Terrors zum Zuge kommen wollen. In Stuttgart hat der kommunistische Sprecher, als die Kommunisten mit ihren Anträgen keinen Erfolg hatten, den über 60jährigen Vorsitzenden der Ortsverwaltung Stuttgart der IG-Metall mit einem Faustschlag zu Boden geschlagen! - Bremen und Stuttgart werden zweifellos dem DGB und den angeschlossenen Industriegewerkschaften ein Anlaß sein, um die Überreste kommunistischen Einflusses innerhalb der Gewerkschaften schnellstens auszumerzen.